

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

142 (21.6.1952)

ETTTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 30 Pf. — (Preisliste Nr. 4.)
(Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 53. Jahrgang

Samstag, den 21. Juni 1952

Nr. 142

Sofort-Programm der CDU für Berlin

Sowjets verlegen Zonengrenze nach Westen
Berlin (UP). Der gegenwärtig in Westberlin tagende Vorstand der CDU-Bundestagsfraktion stellte ein acht Punkte umfassendes Sofort-Programm auf, das die Stellung Berlins als Vorposten der freien Welt stützen soll.

Die CDU will sich beim Bundestag und bei den Bundesbehörden für schnelle Erfüllung folgender Forderungen einsetzen: Schnelle und feste Zusage von Bundeszuschüssen für den Berliner Landesetat, Fortführung von Steuervergünstigungen für Investitionen in Westberlin, Förderung des Berliner Exports, verstärkte Vergabe von öffentlichen Aufträgen des Bundes und der Länder nach Berlin, Ausgleich der erhöhten Kohlenpreise in Berlin, Ausgleich der erhöhten Frachtkosten in Berlin und Sicherung der Fortführung des Notstandsprogramms bis zum Ende des Etatjahres.

Moskau lehnt schwedischen Protest ab

Stockholm (UP). Die sowjetischen Behörden beharren weiterhin auf ihrem Standpunkt, daß ein schwedisches Flugboot vom Typ „Catalina“ am 16. Juni als erstes das Feuer auf ein sowjetisches Jagdflugzeug eröffnet habe. Die schwedische Regierung hat diese Behauptung scharf zurückgewiesen und auch die sowjetische Behauptung dementiert, daß sich der Zwischenfall über sowjetischem Hoheitsgebiet abgespielt habe. Der sowjetische Außenminister Wjatschinski hat den schwedischen Botschafter in Moskau, Sohlmann, zu sich gerufen und ihm eine zweite Note überreicht, in der alle in den beiden schwedischen Notizen vom 16. und 18. Juni abgegebenen Erklärungen als „nicht der Wirklichkeit entsprechend“ zurückgewiesen wurden. Damit sind in dem sowjetisch-schwedischen Zwischenfall mittlerweile vier Noten gewechselt worden, in denen die Schuld an dem Zwischenfall jeweils auf die Gegenseite abgewälzt wurde.

Auslandhilfegesetz unterzeichnet

USA kaufen in Europa Flugzeuge für Europa
Washington (UP). Präsident Truman hat das Auslandhilfegesetz unterzeichnet, das die Aufwendung von 6,4 Milliarden Dollar für wirtschaftliche und militärische Hilfeleistungen an mit den USA befreundete Länder vorsieht. Die vom Kongreß bewilligte Gesamtsumme ist um rund 1,5 Milliarden Dollar geringer als der ursprünglich von Präsident Truman für diesen Zweck angeforderte Betrag.

Die USA erwägen, von europäischen Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes Flugzeuge zu kaufen. Gelder des MSA-Programms würden zum Ankauf dieser Flugzeuge von den europäischen Herstellern verwendet werden. Diese Flugzeuge würden in der Hauptsache für die Verwendung durch europäische Staaten bestimmt sein. Auf diese Weise brauchten die USA keine amerikanischen Flugzeuge als Rüstungshilfe nach Europa zu schicken.

Stalin einst von Giftgas begeistert

Jebb antwortet Malik — Tunesien-Sondersitzung beantragt

New York (UP). Der britische Vertreter, Sir Gladwyn Jebb, erinnerte im Sicherheitsrat den sowjetischen Delegierten Jakob Malik daran, daß Stalin im Jahre 1942 die Existenz eines britischen Vorrats von Gasbomben mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen habe. „Mit gleicher Gemütsartung habe Stalin damals Winston Churchills Bereitwilligkeit begrüßt, diese Gasbomben unter Umständen gegen Deutschland einzusetzen. Nun auf einmal halte es der sowjetische Delegierte für ein großes Verbrechen, rief Jebb aus, daß die Westmächte wissenschaftliche Untersuchungsarbeiten mit Dingen durchführten, die durch die Genfer Konvention vom Jahre 1925 verboten worden seien. Gewiß sei die Genfer Konvention nicht ohne Wert gewesen, doch übertriebe die Darstellung Maliks ihren tatsächlichen Einfluß auf die Ereignisse, insbesondere im Hinblick auf den zweiten Weltkrieg.“

Die Reden der westlichen Diplomaten stellten die Erwiderung auf eine Rede Maliks dar, die überraschenderweise sehr mild abgestimmt war und eine direkte Erwähnung der bisherigen sowjetischen Beschuldigung vermied, daß die Vereinten Nationen in Korea bakteriologische Kriegsmittel verwenden.

Während der Sicherheitsrat tagte, haben 13 afrikanische und asiatische Staaten beim UN-Generalsekretär Trygve Lie formell eine Tunesien-Sondersitzung der Generalversammlung beantragt. Eine Sondersitzung muß einberufen werden, sobald 31 Mitgliedstaaten es verlangen. Die afrikanischen und asiatischen Länder, die Trygve Lie ihren Antrag unterbreiten, hoffen, die erforderliche Stimmenzahl zusammenzubekommen.

Alle Verträge zustimmungsbedürftig

Einstimmiger Beschluß des Bundesrats — Karlsruhe Gutachten wird abgewartet

Bonn (UP). Der Bundesrat hat am Freitag den Deutschlandvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatus und den Vertrag über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einstimmig für zustimmungsbedürftig erklärt. Die Verträge können nach Auffassung der Ländervertreter nicht in Kraft treten, wenn sie in ihrer Gesamtheit nicht vom Bundesrat gebilligt werden.

Die erste parlamentarische Behandlung der Verträge von Bonn und Paris dauerte insgesamt nur 15 Minuten. Der Bundeskanzler war anwesend, ergriß aber nicht das Wort. Der bayerische Ministerpräsident Ehard legte als Sprecher des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates dem Plenum die folgende einstimmig angenommene Entscheidung vor:

1. Der Bundesrat weist darauf hin, daß nach dem Ergebnis seiner Prüfungen die Verträge in ihrer Gesamtheit der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

2. Es erscheint dem Bundesrat angezeigt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit des Verteidigungsvertrages abzuwarten, bevor es abschließend Stellung nimmt.

3. Die dem Bundesrat zur Verfügung stehende Frist ist bei dem Umfang und der Bedeutung der Verträge viel zu kurz, um eine abschließende Stellungnahme schon im ersten Durchgang auszuarbeiten. Der Bundesrat wird also erst, wenn die Verträge den Bundestag durchlaufen haben und ihm erneut aufgelegt werden, endgültig zu ihrem Inhalt Stellung nehmen.

Nach Auffassung des Bundesrates bilden beide Verträge den Gegenstand nach einer Einheit und können nur einheitlich betrachtet und beurteilt werden. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verträge sei noch ungeklärt, heißt es in der Entscheidung weiter. Sie sei bereits Gegenstand eines beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahrens. Bis zur Ausfertigung des vom Bundespräsidenten erlassenen Rechtsgutachtens des Bundesverfassungsgerichts werden in der Zwischenzeit der Bundesrat und seine Ausschüsse die gründliche Prüfung der zahlreichen Probleme fortführen, um der Verantwortung, die er bei seiner späteren endgültigen Entscheidung zu übernehmen habe, gerecht zu werden.

Nach dem Beschluß des Bundesrates rechnet man in Bonn nicht mehr damit, daß die Verträge, dem Wunsch des Bundeskanzlers entsprechend, noch vor den Sommerferien ratifiziert werden könnten. Das Plenum des

Bundestages wird am kommenden Donnerstag sich zwar für die erste Lesung noch vor den Sommerferien entscheiden, dürfte sich aber für eine Verschiebung des für den 20. Juli vorgesehenen Beginn der Plenarsitzungen, um auch noch die zweite und dritte Lesung vor den Ferien zu ermöglichen, nach Auffassung politischer Kreise nicht bereithalten.

Die Frage, ob ein Gesetz der förmlichen Zustimmung des Bundesrates bedarf oder nicht, hat der Bundespräsident nun zu entscheiden. Der Bundesratsbeschluß über die Zustimmungsmöglichkeit der Ratifikationsgesetze ist also lediglich eine der Grundlagen für den späteren Beschluß des Bundespräsidenten, der seine Entscheidung nach Vorliegen des erbetenen Gutachtens des Bundesverfassungsgerichts treffen wird.

Bedingungen des BHE

Das Direktorium des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) hat sich für vier-Mächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen, um zu klären, wer die deutsche Wiedervereinigung wolle und wer sie zu verhindern suche. Gleichzeitig forderte der BHE die Bundesregierung auf, die Zeit bis zur Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris dazu zu benutzen, die darin enthaltenen „untragbaren“ Bedingungen zu beseitigen. Der BHE weist dabei besonders auf die „unbefriedigende Lösung“ der Kriegsverbrecherfrage hin. Das Direktorium betonte, daß der BHE den Vertrag ohne eine Revision mit dem Ziel, der Bundesrepublik eine gleichberechtigte Partnerschaft zu gewähren, ablehnen müsse.

Die CDU/CSU stellt fest, der Beschluß des Bundesrates, die Verträge von Bonn und Paris insgesamt für zustimmungsbedürftig zu erklären, sei keinesfalls als eine Niederlage der Bundesregierung zu werten. Die wesentliche Bedeutung dieses Beschlusses liege vielmehr darin, daß nunmehr die Bahn für die Behandlung der Vertragswerke im Bundestag frei sei, der ohne jeden Zeitverlust an die Prüfung der Beratung herangehen könne. Auch die Vertreter der von der SPD bestimmten Länderregierungen hätten beim ersten Durchgang der Verträge im Bundestag keine ablehnende Haltung eingenommen, obwohl sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten. Daraus dürfe man schließen, daß auch diese Länderregierungen nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu urteilen wünschen, sondern daß es ihnen mit einer sachlichen und verantwortungsbewußten Prüfung der Vertragswerke ernst ist.“

Produktivität kann erhöht werden

Wirtschaftliche Auswirkungen der Aufrüstung — Interview mit Bundesminister Erhard

Bonn (UP). Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard ist der Ansicht, ein deutscher Rüstungsbeitrag zur Verteidigung der freien Welt werde keinen dauernden Konsumverzicht zur Folge haben. Die industriewirtschaftliche Struktur und die vorhandenen Kapazitäten in Deutschland ließen andererseits eine Produktion schwerer Waffen gegenwärtig nicht zu.

In einem Interview mit dem Bonner Chefkorrespondenten der United Press äußerte Professor Erhard: „Wir werden mit allen Kräften bestrebt sein, das, was uns die europäische Verteidigung an zusätzlichen Leistungen abverlangt, durch die höhere Energie und den höheren Gütegrad der Volkswirtschaft zu erstellen und damit zugleich zu gewährleisten, daß dieser Beitrag nicht zu einer Verkürzung der Lebensmöglichkeiten unseres Volkes führt.“

Erhard wandte sich gegen die vom ersten SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher vertretene Auffassung, daß ein deutscher Rüstungsbeitrag notwendigerweise eine Minderung der Produktion von Konsumgütern nach sich ziehen werde. Die höhere Anstrengung und Kraftentfaltung liege für Deutschland näher, da „wir noch über ungenutzte Arbeitskraft verfügen, und in einzelnen Bereichen auch noch freie Kapazitäten zu nutzen sind. Auch läßt die Effizienz der menschlichen Arbeit noch Verbesserungen zu, und auf der ganzen Linie kann die Produktivität der Wirtschaft noch erhöht werden.“

Der Minister räumte allerdings ein, daß die Bereitstellung von Mitteln für die Verteidigung nicht ohne Auswirkungen auf die Investitionen und den Verbrauch bleiben werde, denn die für jene Zwecke gebundenen wirtschaftlichen Energien könnten nicht zugleich noch auf einem anderen Felde eingesetzt werden. „Ich darf aber nochmals darauf verweisen, daß unsere Anstrengungen sich in erster Linie darauf richten werden, die Verteidigungsleistungen durch zusätzliche Anstrengungen — und das heißt eben nicht durch Konsumverzicht — zu erreichen.“

Allerdings sei ein unmittelbarer Konsumverzicht für den ersten Augenblick nicht ausgeschlossen. „In der Wirtschaft gibt es keine Wunder, und sicher trifft es zu, daß wir unsere industriellen Kapazitäten, unsere Rohstoffe und unsere Arbeitskraft immer nur für diesen oder jenen Zweck einsetzen können.“ Jede Aufwendung für Investitionen führe mit-

teilar über die wachsende Produktivität zu einer Verbesserung der Konsummöglichkeiten eines Volkes. Für den Augenblick, das heißt unmittelbar, bedeute sie aber einen Konsumverzicht.“

Eine Erschütterung des heimischen Marktes durch einen industriellen Verteidigungsbeitrag sieht Prof. Erhard nicht voraus. Das Mehr an Aufbringung im Rahmen der europäischen Verteidigung bedeute kein Element der Störung. Die Herstellung schwerer Waffen in Deutschland sei zur Zeit jedoch nicht möglich. „Ein Aufbau dieser Erzeugung würde Jahre und daneben den Einsatz erheblicher Investitionsmittel erfordern, die Deutschland aus eigener Kraft aufzubringen gar nicht in der Lage sein würde.“ Welcher Kapitalbedarf für die Investitionen im Zusammenhang mit den Verteidigungsanstrengungen erforderlich sein werde, lasse sich noch nicht abschätzen.

Minister Erhard ist der Ansicht, daß auch der Export der Bundesrepublik keine Beeinträchtigung durch die Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der Verteidigung erleiden werde. Bei sorgfältiger Abstimmung der Programme könne das Entstehen von Engpässen oder die Überbeanspruchung einzelner Wirtschaftszweige vermieden werden.

VOM TAGE

Dr. Karl Gruber, der österreichische Außenminister, traf in Belgrad ein. Er wurde vom Präsidenten der jugoslawischen Nationalversammlung, Dr. Ribar, empfangen.

Zum neuen Luftwaffenchef der NATO-Luftstreitkräfte im Abschnitt Nord-Europa wurde Generalmajor Carter ernannt.

Den 21. Östlervertrag seit der Verstaatlichung hat die iranische Regierung mit einer Genueser Gesellschaft abgeschlossen. Der Vertrag sieht den Verkauf von 30 Millionen Tonnen Öl vor.

Freigelassen wurden alle Personen, die im Zusammenhang mit dem „Blutsonntag von Kairo“ am 28. Januar verhaftet worden waren. Als Grund wird Mangel an Beweisen angegeben.

Der sowjetische Missionsschef in Japan, Generalmajor Kjalenko, wird Japan in Kürze verlassen. Ob die andern Mitglieder der sowjetischen Militärmission nachfolgen werden, ist noch unbestimmt.

Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Obgleich der Verfassungstreit um den deutschen Wehrbeitrag und das Problem einer Vier-Mächte-Konferenz die politischen Vorgänge dieser Woche überschatteten, vollzog sich doch — unabhängig von ihnen — ein Ereignis, das stärkerer Hervorhebung würdig ist: Als letzter Partner der westeuropäischen Montanunion ratifizierte Italien den Vertrag, der die Kohle- und Stahlindustrie von sechs Ländern für 50 Jahre zusammenschließen soll. Am 30. Juni werden die Außenminister der beteiligten Staaten in Paris zusammentreffen, um die letzten noch offenen Fragen zu klären, an deren Spitze die Festlegung des Sitzes und der personellen Besetzung der Montanunion-Amtler steht. Sodann muß der Verwaltungsapparat der komplizierten übernationalen Behörde eingerichtet, ein gemeinsamer Markt organisiert und ein Teil jener Vorbehalte koordiniert werden, die einzelne Parlamente bei der Ratifizierung des Vertragswerkes erhoben.

Die Bedeutung dieses ersten großen Schrittes in Richtung auf einen zunächst wirtschaftlichen und später vielleicht auch politischen Zusammenschluß Westeuropas läßt sich ermessen, wenn man sich der prophetischen Worte des französischen Außenministers Schuman erinnert, der im Mai 1951 bei der Erläuterung des von ihm entworfenen Planes sagte: „Frankreich und Deutschland werden nie mehr versucht sein, gegeneinander Krieg zu führen, denn in der Tat wird ein Krieg mit der Zusammenlegung ihrer Schwerindustrie unmöglich werden.“ Die praktischen Folgen dieser Union, die eine Jahreskapazität von 220 Millionen Tonnen Kohle und 38 Millionen Tonnen Stahl haben wird, sind — kurz gefaßt — folgende:

Die Einfuhr von Kohle und Stahl wird in den beteiligten Ländern (Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg) von Zöllen befreit. Die Arbeiter der einschlägigen Industrien dürfen ohne Pässe und Visa sich innerhalb des Bereichs der Montanunion bewegen. Die Ruhrkohle gelangt verbilligt in die nahegelegenen französischen Industriezentren, während französische Kohle auf dem süddeutschen Markt zu ebenfalls billigeren Preisen erscheinen wird. Die Modernisierung und Rationalisierung aller Förder- und Verarbeitungsbetriebe wird sich ebenfalls auf die Dauer günstig auswirken; Konkurrenz sollen nach Möglichkeit ausgeschaltet und die Absatzmärkte — namentlich auch in Übersee — zweckmäßig gegliedert werden. Mögen solche Programme auch vielerlei Schwierigkeiten und Mängel in sich bergen, so werden diese doch aufgehoben von unschätzbarem Vorteil der logisch sich ergebenden wirtschaftlichen Stabilisierung mit besserer und billigerer Produktion. Und vor allem sollte man nicht übersehen, daß im Falle positiver Zusammenarbeit der Wirtschaftsexperten sich auch die Politiker nicht der Erkenntnis verschließen werden, wie sinnvoll und konstruktiv es wäre, wenn sie solchen Beispielen folgen würden.

Wie weit wir von diesem Ziele noch entfernt sind, wurde allerdings in den letzten Tagen mehrfach deutlich demonstriert, und zwar leider von seiten des neben der Bundesrepublik wichtigsten Partners jeder europäischen Integration, nämlich Frankreichs. Auf die Intervention des Bundestages, der endlich im Saargebiet geordnete demokratische Zustände hergestellt wissen möchte, reagierte man in Paris mit der unfruchtbarsten Bemerkung: Frankreich denke nicht daran, seine Politik im Saarland zu ändern. Dabei machte man überdies dem Bundeskanzler den völlig unberechtigten Vorwurf, durch die angekündigte Demarche beim Europa-Rat auf die ursprünglich zwischen ihm und Schuman vereinbarten Saarverhandlungen verzichtet zu haben. Dabei vergaß man am Quai d'Orsay, daß der Vorschlag Dr. Adenauers zur Bildung der im Grundgesetz längst beschlossenen Kommission, welche die Durchführung freier Wahlen im Saargebiet kontrollieren soll, bis heute von Schuman unbeantwortet blieb und die mit dem französischen Außenminister abgesprochenen Verhandlungen über eine endgültige Regelung des Saarproblems überhaupt noch nicht in Gang kamen, weil man in Paris alle diesbezüglichen Anregungen auf die lange Bank schob.

Dasselbe Rezept scheint man nunmehr in Frankreich auch bei der Ratifizierung des Deutschland-Vertrages und des Verteidigungspaktes anzuwenden zu wollen, wobei die Argumente sich seltsam überschneiden. Denn während man auf der einen Seite behauptet, diese Verträge räumten der Bundespolitik zu viele Rechte ein, beklagt man andererseits den angeblichen Mangel an Verpflichtungen, die sowohl Deutschland wie — ausgerechnet! — die USA übernehmen sollen. Dabei geht man in Paris anscheinend in antiquierter Überschätzung der eigenen Machtpositionen von der These aus, daß Frankreich es sich noch immer leisten kann, im Kreis der Westmächte die größten Vorrechte und die geringsten Verpflichtungen für sich selbst zu beanspruchen.

Angesichts solcher Erfahrung wäre es nützlich, wenn der amerikanische Außenminister Acheson in acht Tagen bei seiner Zusammenkunft mit Eden und Schuman einmal seinen europäischen Partnern deutlich vor Augen führen würde, daß auch in der Politik ein Kompromiß nur dann vernünftig und dauer-

haft erscheint, wenn seine Basis nicht ausschließlich einseitige Konzessionen sind. Und in Bonn sollte man vielleicht die außenpolitische Elle etwas zügeln, denn angesichts der tiefgreifenden Entwicklungen, die in diesen Wochen zur Entscheidung anstehen, könnte jede Überstürzung unwillkommene Folgen zeitigen.

Dies gilt aber nicht nur bezüglich des Deutschland- und des Verteidigungsvertrages, sondern in noch stärkerem Maße für das gesamtdeutsche Problem, das in keinem Augenblick politischen Handelns aus den Augen verloren werden darf. Unter diesem Aspekt ist nicht zuletzt die einhellige Kundgebung des Bundestages zu werten, der eindrucksvoll gegen den Terror der Ostzonen-Machthaber protestierte und den von ihm Betroffenen Hilfe zusagte. Interessanterweise kann in diesem Zusammenhang registriert werden, daß den Sowjets die von Ulbricht und Genossen ergriffenen Maßnahmen durchaus nicht ganz ins Konzept zu passen scheinen, da sie als Auswirkung dieses Terrors eine Störung ihrer Konferenzpläne mit dem Westen zu befürchten haben.

Was dieser künftig zu tun gedenkt, wird man wenigstens teilweise Ende dieses Monats erfahren, sofern die in London zusammentreffenden Außenminister der USA, Englands und Frankreichs nicht übereinkommen, wesentliche Einzelheiten ihrer Absprachen geheimzuhalten. Welche große Bedeutung diesen bezu messen ist, geht nicht zuletzt daraus hervor, daß Acheson Anfang der nächsten Woche mit zahlreichem Gefolge in Großbritannien erscheint, wohin er sogar seinen Botschafter in Moskau, Kennan, zitierte, von dem man in diplomatischen Kreisen wissen will, daß er inzwischen im Krenl sondierte, um die wirklichen Absichten der Sowjets zu ergründen. Kennans Bericht dürfte deshalb bei der endgültigen Formulierung der Deutschlandnote des Westens eine ziemliche Rolle spielen.

Die in Bonn zu erwartende Verzögerung bei der Ratifizierung der deutsch-alliierten Vertragswerke wird ebenfalls bei den Londoner Gesprächen aufscheinen, zu denen bemerkenswerterweise der französische Außenminister erst später hinzugezogen wird, da zunächst nur Acheson und Eden miteinander konferieren wollen. Dabei wird man sich neben den bereits erwähnten Komplexen auch über den Nahen und Fernen Osten, über Kommandofragen der NATO und Wirtschaftsprobleme unterhalten, um eine - wenigstens nach außen - möglichst weitgehende Koordinierung der Politik des Westens zu erreichen.

Schloß Doorn wird Kulturzentrum

Amsterdam (E.B.). Schloß Doorn, das ehemalige Besitztum des letzten deutschen Kaisers in Holland, das nach dem zweiten Weltkrieg vom holländischen Staat übernommen und im vergangenen Jahr als Museum eingerichtet wurde, soll in Zukunft zu einem Kulturzentrum für in- und ausländische Touristen ausgebaut werden. Holländische Blätter melden, daß vor allem künstlerische Veranstaltungen, zum Teil im Rahmen der holländischen Festspielwochen, noch in diesem Sommer im Schloßpark von Doorn stattfinden sollen.

Weitere Zahlungen an die Juden

Rund 3,5 Milliarden DM - Arabische Forderungen abgelehnt
New York (UP). Dr. Nahum Goldmann, der Vorsitzende der jüdischen Konferenz für materielle Forderungen gegen Deutschland, bezeichnete das neue deutsche Angebot an den Staat Israel in Höhe von drei Milliarden DM als brauchbare Diskussionsgrundlage für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die israelischen Wiedergutmachungsforderungen im Haag. Er sprach jedoch die Erwartung aus, daß die Bundesregierung auch ein Angebot zur Erfüllung der Forderungen der jüdischen Gruppen machen werde, die durch die „Konferenz für materielle Forderungen an Deutschland“ vertreten werden.
Von sehr gut unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß die Bundesregierung zur Befriedigung dieser Ansprüche zwischen 423 und 525 Millionen DM offerieren werde. Insgesamt sei damit im Haag mit einem deutschen Angebot von 3,425 bis 3,525 Milliarden DM zu rechnen.

Die von „Arabischen Komitee für Palästina“ schriftlich bei der Bundesregierung eingeleitete Verwahrung gegen eine deutsche Wiedergutmachung für Israel wurde von den zuständigen Stellen zurückgewiesen. Die arabischen Interessensverbände könnten ihre Forderungen nur an den Staat Israel richten. Die Bundesregierung habe keinen Grund, die deutsch-israelischen Wiedergutmachungsverhandlungen damit zu belasten.

Diplomaten flüchteten durchs Fenster

Rhee-Anhänger sprengten eine Versammlung
Pusan (UP). Eine Terroristengruppe sprengte in Pusan eine politische Versammlung, die von 100 führenden Oppositionspolitikern aus Protest gegen die Politik des Präsidenten Syngman Rhee einberufen worden war. Die Rheedies, etwa 50 an der Zahl, demolierten Möbelstücke und bewarfen die Versammlungsteilnehmer mit Stühlen und Blumenlöffeln. Drei Oppositionsmitglieder wurden im Gesicht verletzt. Unter den Gästen befanden sich neben zahlreichen ausländischen Journalisten die Vertreter der diplomatischen Missionen der USA und Großbritanniens und der Südkorea-Mission der UN. Die Diplomaten und Journalisten mußten durch ein Fenster flüchten. Bei den Störenfriedern handelte es sich vermutlich um Anhänger Syngman Rhees.

Die Umgruppierung der nordkoreanischen und chinesischen Kriegsgefangenen auf der Insel Koje ist jetzt abgeschlossen worden. Insgesamt sind 70 000 Kriegsgefangene, die bisher in großen Blocks zusammengefaßt waren, in kleinere Einheiten von je 300 Mann untergeteilt worden.

Drei konkrete Fragen an die Sowjets

Westmächte wollen befristete Viermächte-Verhandlungen vorschlagen

Bonn (UP). Die drei Westmächte werden dem Krenl in einer neuen Note voraussichtlich drei konkrete Fragen vorlegen, von deren Beantwortung sie das Zustandekommen einer Viermächte-Konferenz über Deutschland abhängig machen wollen, verlautet aus unterrichteten diplomatischen Kreisen Bonn. Die Westmächte wollen folgende Fragen stellen:

- 1. Was versteht Moskau unter freien Wahlen in allen vier Besatzungszonen und Berlin?
 - 2. Ist der Krenl bereit, die Voraussetzungen für solche Wahlen durch eine neutrale Kommission prüfen zu lassen?
 - 3. Welche Vollmachten soll eine gesamtdeutsche Regierung für die Zeit zwischen ihrer Bildung und dem Abschluß eines Friedensvertrages haben?
- Damit wiederholen die Westmächte drei Anfragen, die schon in der letzten Note an die Sowjets gestellt wurden, aber vom Krenl nicht hinreichend beantwortet worden waren. In Bonner diplomatischen Kreisen wurde weiter bekannt, daß in der Antwortnote an Moskau die grundsätzliche Bereitschaft zu einer Viererkonferenz wahrscheinlich bereits ausgesprochen werde. Es sei möglich, daß die

Westmächte noch den Ort der Zusammenkunft vorschlagen und eine zeitliche Beschränkung der Gespräche, man spricht von vier Wochen, fordern.

Der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der in Berlin zusammentreten war, setzte sich dafür ein, daß die Viermächteverhandlungen in Berlin stattfinden. Wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Gerstenmaier betonte, müßten solche Verhandlungen bevollmächtigter Vertreter der Besatzungsmächte möglichst bald stattfinden und schnell den Kern der entscheidenden Fragen erreichen. Die Sowjets müßten zu einer eindeutigen Erklärung ihrer Absichten gebracht werden. Dabei dürften Prestigefragen keine Rolle spielen, wenn es gelte, möglichst schnell eine Wiedervereinigung Deutschlands zu erzielen. Gleichzeitig dürfte jedoch die Ratifizierung des Deutschland- und des EVG-Vertrages nicht aufgehalten werden. Sollte die Deutschlandfrage durch die Viermächteverhandlungen in einer für die Bundesregierung befriedigenden Form gelöst werden, werde die CDU/CSU eine Revision des Vertrages unterstützen. Gerstenmaier betonte, daß alle Möglichkeiten für Gespräche über die Wiedervereinigung Deutschlands wahrgenommen werden sollten.

Kleine Mietpreisreform tritt in Kraft

Kapitalmarkt-Probleme im Bundesrat - Jagdgesetz kommt an Vermittlungsausschuß

Bonn (E.B.). Die kürzlich vom Bundestag verabschiedete sogenannte „kleine Mietpreisreform“, nach der die Mieten für Geschäftsräume und gewerblich genutzte unbebaute Grundstücke freigegeben werden, ist am Freitag vom Bundesrat gebilligt worden. Sie kann nunmehr in Kraft treten.

Ein Antrag Hessens, den Vermittlungsausschuß anzurufen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und Niedersachsens abgelehnt. Hessen ist der Ansicht, daß das Mieterschutzrecht ein seit Jahrzehnten bewährtes soziales Schutzrecht ist, das mit dem vorliegenden Gesetz nicht gewahrt werde.

Gegen den Gesetzentwurf zur Förderung des Kapitalmarktes durch steuerliche Begünstigung für festverzinsliche Wertpapiere, der vom Bundesfinanzminister ausgearbeitet worden ist, machte der Bundesrat im ersten vorparlamentarischen Durchgang eine Reihe von Bedenken geltend. Die Länder wünschen u. a. ein Weiterbestehen der Kapitalertragssteuer und der Importsteuer als Objektsteuer. Die steuerliche Begünstigung sachwertbezogener Wertpapiere und der Gewinnobligationen lehnt der Bundesrat ab, da sie weder der Belegung des Marktes festverzinslicher Papiere noch der Begrenzung der effektiven Verzinsung dienen könne. Bundesfinanzminister Schäfer wies in der Debatte darauf hin, daß das Kabinett dem größten Teil der Änderungsansprüche zustimmen werde.

Der Bundesrat nahm in diesem Zusammenhang eine Entscheidung an, in der die Bundesregierung ersucht wird, darauf hinzuwirken, daß der dem Bundestag vorliegende Gesetzentwurf zur Aufhebung der Dividenden-Abgabe-Verordnung zusammen mit dem Gesetz über die Kapitalmarktänderung verabschiedet wird. Die Regierung soll ferner zur Förderung der Sparkapitalbildung unverzüglich eine Regelung für die Gewährung von Sparerprämien nach dem Vorbild des Wohnungsbauprämiengesetzes vorlegen.

Das Bundesjagdgesetz wurde an den Vermittlungsausschuß überwiesen. Im einzelnen lehnen die Länder u. a. eine Regelung der mit der Aufstellung des Abschlußplans für Sca-lenwäld zusammenhängenden Fragen im Bundesjagdgesetz ab. Sie wünschen weiter, daß der Jagdbeitrat lediglich beratende Funktionen bei den Jagdbehörden haben soll.

Der Bundesrat billigte ferner eine Reihe kleiner Gesetze im zweiten Durchgang, darunter das Verwaltungszustellungsgesetz, das Haushaltsgesetz für 1952 und ein Verlängerungsgesetz für die Geltungsdauer von Vorschriften auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft. Dazu gehören die Eisenlenkungsverordnung und die Bauleitungsverordnung, die bis 31. März 1953 verlängert werden sollen. Das Apothekengesetz wurde an den Vermittlungsausschuß überwiesen.

DGB-Vertreter nominiert

„Funktionäre einer anonymen Macht“ - IG Chemie gegen FDGB

Düsseldorf (UP). Die vier Vertreter der Gewerkschaften, die zusammen mit vier Bundestagsabgeordneten die Vorschläge des DGB für ein Betriebsverfassungsgesetz beraten sollen, sind der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Matthias Fischer, die Bundesvorstandsmitglieder Erich Bührig und Hans von Hoff, sowie der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Adolf Kummernuß. Die erste Zusammenkunft der Kommission soll am 30. Juni in Düsseldorf stattfinden.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wandte sich erneut gegen die Forderung des DGB, daß nur zwei der Arbeitnehmervertreter, welche die Hälfte aller Aufsichtsratssitze einnehmen sollen, von den Angehörigen des Betriebes gewählt werden und die übrigen von der Gewerkschaft entsandt und bestellte Funktionäre sein sollen. Diese Forderung treffe auf ein „entschiedenes Nein der Arbeitgeber“, weil diese der Meinung sind, daß das Vertrauensverhältnis im Betrieb durch das Dazwischentreten betriebfremder Funktionäre gestört werde, welche von ihrer Zentralstelle gegebene Aufträge ausführen und damit zu „Funktionären einer anonymen Macht“ würden.

Wie die CDU/CSU „aus zuverlässiger Quelle“ berichtet, haben kürzlich 60 kommunistische DGB-Funktionäre einen vierwöchigen Lehrgang auf einer vom kommunistisch kontrollierten FDGB geleiteten Schule in Bernau bei Berlin beendet. Sie sollen dort nach den der CDU/CSU vorliegenden Meldungen vor allem über die Vorbereitung und Durchführung von

Streiks unterrichtet worden sein. Der CDU-Pressedienst erinnert in diesem Zusammenhang an eine Rede des FDGB-Vertreters Helbig von November 1951 in Ostberlin. Helbig habe damals angekündigt, daß Streiks in der Bundesrepublik auch in Zukunft in starkem Umfang finanziell und durch Sachspenden vom Weltgewerkschaftsbund und vom FDGB unterstützt werden würden. Unter diesen Umständen hält es die CDU/CSU für nützlich, wenn die auf dem Frankfurter IG-Chemie-Kongreß beschlossenen demokratischen Kontrollausschüsse unmittelbar auch die subversiven Bestrebungen und ihre kommunistischen Träger innerhalb des DGB kontrollieren würden. „Denn hier lauern ernste Gefahren nicht nur für die gewerkschaftliche Organisation, sondern für die Allgemeinheit.“

Die Delegierten des Gewerkschaftstages der Industrie-Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik in Frankfurt bedauerten den Beschluß des „Demokratischen Blocks“ der Ostzone, nationale Streitkräfte aufzustellen. In einer Entscheidung des Gewerkschaftstages heißt es, es wäre die Pflicht der Ostzonen-Gewerkschaft FDGB gewesen, sich dem Beschluß des Demokratischen Blocks energisch zu widersetzen. Damit wäre ein praktischer Beitrag zu einer gesamtdeutschen Verständigung erbracht worden.

Zum Abschluß ihrer viertägigen Konferenz wählten die Delegierten der Industriegewerkschaft Chemie mit überwiegender Mehrheit wieder Wilhelm Gefeller zum ersten Vorsitzenden und Eberhard Esser und Ludwig Müller zu stellvertretenden Vorsitzenden.

Auerbach-Verteidigung erregte Aergernis

Prozeß vertagt - Polizei räumte den Saal - Scharfe Auseinandersetzungen

München (UP). Im Auerbach-Prozeß kam es zu derart scharfen Auseinandersetzungen zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft, daß Landgerichtsdirektor Mulzer die Verhandlung abbrach und den Gerichtssaal durch Polizei räumen ließ. Die Verhandlung wurde bis Montag vertagt.

Die Kontroverse zwischen Staatsanwalt Höpfer und Rechtsanwalt Klibansky entstand bei der Vernehmung des Buchprüfers Scheibitz, der aussagte, daß der Verleib eines Betrages von 5000 DM aus der Bar-Kasse Auerbachs ungeklärt sei. Klibansky erklärte, es sei bewiesen, daß Scheibitz die Bar-Kasse niemals gesehen habe. Daraufhin sagte Scheibitz, daß er die Bücher der Kasse gemeint habe. Hier griff Staatsanwalt Höpfer ein und appellierte an das Berufschos des Verteidigers. Die Staatsanwaltschaft lehnte es ab, in

dieser Art und Weise mit ihm (Klibansky) noch weiter zu verhandeln, rief Höpfer aus. Klibansky verbat sich den Vorhalt des Berufschos und berief sich auf ein Urteil des Reichsgerichts. Daraufhin warf Höpfer Klibansky vor, er handiere mit Reichsgerichtsentscheidungen, um dadurch ständig einen falschen Eindruck in der Öffentlichkeit hervorzurufen. Klibansky sprang erregt auf und rief: „Das ist eine grobe Flegellei, die ich mir nicht gefallen lasse!“ Dann unterbrach der Richter unter starkem Beifall der Zuhörer die Sitzung.

Schon wenige Stunden vorher war es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Höpfer und Klibansky gekommen. Der vor kurzen fristlos entlassene Vizepräsident des Landesentscheidungsamtes, Prüfer, hatte im Zeugenstand ausgesagt, er habe zwei

Tage vor der Währungsreform 7000 RM beim „LEA“ einbezahlt und kurz nach der Geldreform 5 600 DM zur Anschaffung eines Wagens zurückbehalten. Staatsanwalt Höpfer warf Auerbach in diesem Zusammenhang ein Vergehen der Untreue vor. Hierauf gab Rechtsanwalt Klibansky in scharfer Form die Erklärung ab, er werde gegen Höpfer Strafantrag wegen fahrlässiger falscher Anschuldigung erheben. Landgerichtsdirektor Mulzer wies dies als Nötigung zurück. Während Höpfer mit dem Finger an die Stirn tippte, rief Klibansky: „Sie brauchen nicht auf Ihren Kopf zu zeigen, Herr Höpfer, was drin ist, habe ich gesehen!“

Talal kehrt nach Jordanien zurück

Abreise am Montag? - Erster offizieller Schritt der Schweiz

Lausanne (UP). Der Protokollchef der schweizerischen Regierung, Robert Maurice, suchte überraschend den in Lausanne weilenden nervenkranken König Talal von Jordanien auf. Damit hat die schweizerische Regierung zum erstenmal einen offiziellen Schritt in der jordanischen Königskrise unternommen, deren Schauplatz sich in letzter Zeit auf die Eidgenossenschaft verlagert hat.

Der schweizerische Protokollchef erklärte zwar, er habe nur einen Höflichkeitsbesuch abgestattet, doch wurde von maßgeblicher Seite später zugegeben, daß Maurice den König gefragt hat, ob er nicht eine schweizerische Klinik aufsuchen wolle. Darauf habe Talal ärgerlich geantwortet: „Ich denke gar nicht daran“. Gegen Ende des Gesprächs habe der jordanische König dann jedoch ungeduldig erklärt: „Also gut, ich werde abreisen“. Die Abreise des Königs soll schon für den kommenden Montag vorgesehen sein.

Dies stimmt mit der Erklärung eines Sprechers der jordanischen Regierung überein, der in Amman bekanntgab, König Talal habe dem jordanischen Ministerpräsidenten Tafwik Abuhuda Pascha in einem Telegramm mitgeteilt, daß er nach Jordanien zurückkehren und sich dem Ministerpräsidenten zur Verfügung stellen wird. Der König soll sich, so wünscht die jordanische Regierung, in ärztliche Behandlung geben, damit durch ein Gutachten über seinen Geisteszustand die Frage geklärt werden kann, ob er die Regierungsgeschäfte führen kann oder nicht.

Mit den Vorgängen vertraute Beobachter glauben, daß der König durch den Besuch des schweizerischen Protokollchefs sowie die Anwesenheit des irakischen Ministerpräsidenten im gleichen Hotel und die drohende Ankunft des jordanischen Ministerpräsidenten in der Schweiz in einige Bedrängnis gekommen ist. Letzterer sollte nach Berichten von zuständiger Seite zu Beginn nächster Woche nach Lausanne kommen. Es ist jedoch ungewiß, ob dies auch noch nach der neuesten Entwicklung der Dinge der Fall sein wird.

Sein irakischer Kollege, Nuri Es Sald, der am Donnerstag im Hotel Beauvillage am Genfer See, dem Wohnort des kranken Königs, eintraf, ist es bisher nicht gelungen, von Talal empfangen zu werden. Der König soll über seine Anwesenheit sehr verstimmt sein. Ebensovornig Glück wie Nuri Es Sald hatte bisher der jordanische Wiederaufbauminister Anastas Hanania Bey, der schon seit nahezu einer Woche vergeblich versucht, den König zu sprechen. Lediglich der ebenfalls in Lausanne weilende Chef des jordanischen Protokolls, Hafez Abdullah, wurde mehrfach von Talal empfangen.

Vergebliche Attacke gegen Schuman

Gaullistischer Antrag auf Rücktritt des Außenministers abgelehnt

Paris (UP). Ein Versuch der Sammlungsbewegung General de Gaulles, Außenminister Schuman und damit auch das Kabinett Pinay zu stürzen, ist fehlgeschlagen. Mit 274 gegen 227 Stimmen verwarf die französische Nationalversammlung einen gaullistischen Antrag, der die Aberufung Schumans forderte. Die gaullistische Fraktion hatte diesen Antrag mit dem angeblichen Versagen der Tunesien-Politik Schumans begründet. Vor dem gaullistischen Antrag hatte die Versammlung schon mit großer Mehrheit Resolutionsentwürfe der unabhängigen Republikaner, der Sozialisten und der Kommunisten zur Tunesienfrage zurückgewiesen.

Kaum war das Ergebnis der Abstimmung über den gaullistischen Antrag bekanntgegeben worden, als auch schon der Sozialist René Mayer zwei neue Vorlagen einbrachte. Die erste stellte fest, es sei der „Wunsch der Versammlung, daß Frankreich in Tunesien ein Programm des Fortschritts und der Reformen im Rahmen der französisch-tunesischen Verträge verwirklicht, welches gleichzeitig dem Schutz der französischen Interessen dient“. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die zweite Vorlage forderte die Regierung auf, „eine Politik der Zusammenarbeit mit Tunesien entsprechend den vom Außenminister entwickelten Richtlinien zu verfolgen“. Dieser Resolutionsentwurf, der offensichtlich Schumans Stellung stärken sollte, wurde mit 334 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Ministerpräsident Pinay nahm aber überraschenderweise von der Ablehnung dieses Antrags nicht Notiz und schien damit zufrieden, daß der erste angenommen worden war.

Zu Beginn der Sitzung hatte die Regierung schon einmal eine Schlappe hinnehmen müssen, als sie erfolglos versuchte, die Tunesien-debatte zu verschieben. Mit 430 gegen 210 Stimmen lehnte die Versammlung den Regierungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung ab. Pinay hatte diesen Antrag damit begründet, daß Schuman nicht anwesend war. Als die Versammlung aber die Fortsetzung der Debatte erzwang, wurde der Außenminister eiligst ins Parlament geholt.

Die Angriffe gegen Schuman, die sowohl von der Rechten als auch von der Linken ausgehen, werden zwar mit seiner Tunesienpolitik begründet, gelten aber in Wirklichkeit ebenso seiner Haltung gegenüber Deutschland und den USA, die von seinen Gegnern als zu nachgiebig bezeichnet wird.

Umschau in Karlsruhe

Eltern für Oster-Schuljahrwechsel
 Karlsruhe (sw). Der Landesbezirkselternausschuß Nordbaden fordert in einer an die Verfassunggebende Landesversammlung gerichteten Entscheidung eine Klärung der Frage des Schuljahresanfangs und Schuljahr-schlusses. Der Elternausschuß schlägt vor, für alle Schulgattungen den Beginn und das Ende des Schuljahres auf Ostern festzulegen.

Beamtenbünde schließen sich zusammen
 Karlsruhe (sw). Die Beamtenbünde von Südbaden und Württemberg-Baden im Deutschen Beamtenbund haben sich auf einer Tagung in Karlsruhe zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft bilden die Vorsitzenden des Südbadischen und des Württemberg-Badischen Beamtenbundes. Dem Württemberg-Badischen Beamtenbund gehören auch die Beamten Südwürttembergs an.

Karlsruher Gemälde in Nürnberg
 Die Staatliche Kunsthalle in Karlsruhe hat aus ihren Beständen dem Germanischen Museum in Nürnberg 12 wertvolle Gemälde zur Verfügung gestellt. Die Gemälde werden in Nürnberg aus Anlaß der Hundertjahrfeier des Museums im Rahmen einer Ausstellung „Deutsche Kunst und Kultur in der Zeit zwischen Dürers Tod und dem Dreißigjährigen Krieg“ gezeigt werden.

Aus der badischen Heimat

Kempner: Kaffeesteuer ist verfassungswidrig
 Mannheim (sw). Der ehemalige amerikanische Chef-Ankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, Rechtsanwalt Dr. Robert W. Kempner (Frankfurt), erklärte vor einem Mannheimer Gericht, die deutsche Kaffeesteuer sei verfassungswidrig und verstoße gegen das deutsche Volk mehr Ausgaben als Einnahmen. Kempner kündigte an, er wolle Bundesfinanzminister Dr. Schäffer als sachverständigen Zeugen in dieser Angelegenheit vom Gericht vernommen lassen.

Dr. Kempner sagte dies in einem Prozeß gegen drei ehemalige verschleppte Personen, die großer Schiebungen mit unverzolltem und unversteuertem Kaffee angeklagt sind. Dr. Kempner verteidigt den Angeklagten Abraham Skowronski, der in seiner Vernehmung bestritt, überhaupt gewußt zu haben, daß Kaffee verzollt und versteuert werden müsse. Die beiden anderen Angeklagten, Isak Stahl und Isak Ehrlich, bestreiten bis jetzt jede Beteiligung an den Schiebungen.

Römischer Gelehrter in Heidelberg
 Heidelberg (sw). Der Professor für kirchliche Archäologie an der Pontificia Universitas Gregoriana in Rom, Pater E. Kirschbaum, berichtet in einer öffentlichen Gastvorlesung über die unter seiner Leitung im St. Petersdom in Rom vorgenommenen Ausgrabungen.

Noch keine Entschädigung für Rohrbach
 Heidelberg (sw). Bürgermeister Joseph Amann teilte vor dem Stadtrat von Heidelberg mit, daß Rohrbacher Bauern, auf deren Grundbesitz vor etwa vier Jahren Bauten für Zwecke der amerikanischen Armee errichtet wurden, zum Teil für die beschlagnahmten Grundstücke noch keine Entschädigung erhalten haben. Die Stadtverwaltung will sich, wie Amann hinzufügte, in dieser Angelegenheit demnächst an den Interministeriellen Ausschuß in Bonn, an die Dienststelle Blank und die Heidelberger Landtags- und Bundestagsabgeordneten wenden und sie um Intervention bei den zuständigen amerikanischen Dienststellen ersuchen. Der Stadtrat forderte den Finanzausschuß auf, zu prüfen, ob Vorleistungen aus städtischen Mitteln an die betroffenen Rohrbacher Bauern gegeben werden können und ob dies gesetzlich zulässig ist.

Heidelbergs alter Bahnhof verschwindet
 Neuer Bebauungsplan mit modernen Straßen
 Heidelberg (sw). Der Stadtrat von Heidelberg hat einen Vertrag mit der Bundesbahn einstimmig gebilligt, in dem die Besitzverhältnisse auf dem Geländestück zwischen dem alten und dem neuen Bahnhof geregelt werden.

Die Stadt erhält etwa 40 Prozent des Geländes und zahlt dafür an die Bundesbahn einen Betrag von 800 000 DM. Der neue Bahnhof soll bis Herbst 1954 fertiggestellt werden. Der Gemeinderat genehmigte ferner einen Bebauungsplan, nach dem das Gelände zwischen den beiden Bahnhöfen zum „Geschäfts- und Gewerbegebiet“ ausgebaut werden soll. Vom neuen Hauptbahnhof zum Zentrum der Stadt soll eine moderne Straße errichtet werden.

Im Gerichtssaal festgenommen
 Wertheim (swk). Wegen Umsatzsteuer- und versuchter Einkommensteuerhinterziehung hatte sich der bekannte Baurat Duell vor Gericht zu verantworten. Im Laufe der Verhandlung in Wertheim wurde er zusammen mit zwei Zeugen wegen des Verdachts der Anstiftung zum Meineid festgenommen. Die Verhaftung erragt im ganzen Taubertal erhebliches Aufsehen.

SPD-Vorwürfe gegen Freudenberg

Der Wahlkampf in Weinheim
 Weinheim/Bergstraße (sw). Auf einer SPD-Kundgebung für die bevorstehende Nachwahl eines Kandidaten für die Verfassunggebende Landesversammlung im Wahlkreis Mannheim-Land 2 bezeichnete der Weinheimer Stadtrat Mentel es als „ausgemachten Kuhhandel und politische Falschmünzerei“, daß der Weinheimer Bundestagsabgeordnete Richard Freudenberg die Bevölkerung aufgefordert habe, den CDU-Kandidaten zu unterstützen. Bei der Weinheimer Oberbürgermeisterwahl habe Freudenberg einen eigenen Kandidaten gegen die CDU aufgestellt und durchgebracht. Auch bei der letzten Landtagswahl sei Freudenberg gegen die CDU ins Feld gezogen.

Auf der Kundgebung sprachen Innenminister Fritz Ulrich und Kultminister Dr. Schenkel. Ulrich erklärte, die große Koalition sei nicht an politischen Machtgelüsten der SPD, sondern an grundlegenden Meinungsverschiedenheiten gescheitert. Nach der Bildung des Südweststaates habe die CDU in Versammlungen der Altbauern noch immer propagiert, es sei das erste Ziel der Partei, das neue Bundesland zu zerschlagen und die alten Länder wieder herzustellen. Unter diesen Voraussetzungen sei eine Beteiligung der CDU in der Regierung unmöglich gewesen. Es sei nun zu hoffen, daß bei den Beratungen über den Verfassungsentwurf die CDU „nach ihrer ersten Wut“ wieder zu einer sachlichen, ritterlichen und objektiven Opposition finde. Kultminister Schenkel warf der CDU vor,

daß ihre Politik nicht einheitlich sei. Ein Teil der Partei trete für die christliche Gemeinschaftsschule ein, andere CDU-Anhänger seien fanatische Verfechter der Konfessionsschule.

Ein prächtiges Familienfest

Pforzheim (swk). In einer Landgemeinde des Kreises Pforzheim ging es hoch her, als sich die stattliche Familie des Altbürgermeisters zu einer Wiederschneefeierte traf. Über 60 Kinder, Enkel und Urenkel versammelten sich an der Festtafel. Der weibliche Teil war so stark vertreten, daß man zwei komplette Damenfußballmannschaften aufstellen konnte, die sich alsbald ein spannendes Spiel lieferten. Bald jedoch kam es zu unvorhergesehenen Aus- und Zwischenfällen. Den rüstigen Spielerinnen flohen nämlich mit dem Ball auch die Absätze davon.

Gantner legt ein volles Geständnis ab

Motiv der Tat waren zerrüttete häusliche Verhältnisse
 Baden-Baden (sw). Friedrich Gantner aus Haueneberstein hat in 15stündiger Vernehmung durch Oberstaatsanwalt Dr. Eßwein im Gerichtsgefängnis in Baden-Baden nunmehr ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er gab zu, in der Nacht seine 40jährige Frau und seine zwei Töchter im Alter von 17 und 3 Jahren ermordet zu haben.

Zu der Tat benutzte er einen Hammer und einen Dolch. Anschließend brachte er sich in der Absicht, Selbstmord zu verüben, einen Stich in den Hals und in die Brust bei. Nach Ansicht des Oberstaatsanwalts ist Gantner

nur durch ein Wunder am Leben geblieben. Während der grausigen Mordtat erwachte der 12jährige Sohn, wofür der aufgebracht Vater ihm zweimal mit dem Hammer auf den Kopf schlug, um zu verhindern, daß der Junge um Hilfe rief.

Das Motiv der Tat ist in zerrütteten häuslichen Verhältnissen zu suchen. Gantner, der 18 Jahre verheiratet war, mußte feststellen, daß seine Frau seit vier Jahren immer mehr den Haushalt verkommen ließ. Von seinem Elternhaus her an Ordnung und Sauberkeit gewöhnt, geriet er darüber in Erregung. Wiederholt spielte er mit dem Gedanken, sich selbst umzubringen. Auch seine älteste Tochter führte nach Ansicht des Vaters keinen ordentlichen Lebenswandel.

Am Abend vor der Tat hatte Gantner festgestellt, daß seine jüngste Tochter Fieber hatte. In der Nacht weckte er seine Frau und bat sie, sich um das Kind zu kümmern. Diese reagierte aber nicht darauf, so daß der Vater durch das unruhige Kind mehrfach in seiner Nachtruhe gestört wurde. Schließlich geriet er über die Teilnahmslosigkeit seiner Frau in einen derartigen Erregungszustand, daß er das Bett verließ, die Mordwerkzeuge holte und blindwütig auf Frau und Töchter einschlug und einstach. Nach der Tat brachte er noch mehrere Stunden im Bett neben den Leichen zu. Am Morgen verband er seine und die Wunden des Jungen.

Mittags gegen 12 Uhr verließ der Täter sein Haus ohne ein festes Ziel. Er wandte sich zunächst nach Kuppenheim, von dort über Rotenfels und Gaggenau in die Selbacher Gegend, wo er die Nacht zubrachte. Am Mittwoch und Donnerstag hielt er sich bei den Batteri-Feisen in der Nähe von Baden-Baden auf. Er ging in die Gaststätte im alten Schloß, dem Ort seiner Festnahme, um sich Brötchen zu kaufen. Dabei wurde er von der Bedienung erkannt und vom Wirt festgehalten, bis die Polizei eintraf.

Gantner äußerte während der Vernehmung, daß er in der Nacht nach der Tat wohl den Mut aufgebracht hätte, sich selbst umzubringen. Seine beiden Töchter habe er getötet, um sie nicht unverstört zurückzulassen. Er beuerte seine Tat bitter.

Dem Oberstaatsanwalt fiel bei den Vernehmungen auf, daß sich alle wichtigen Ereignisse im Leben Gantners im Juni zugegetragen haben. So heiratete er im Juni und kehrte auch im Juni aus der Gefangenschaft zurück. Offenbar hat das schwüle Wetter in der Mordnacht noch dazu beigetragen, daß er sich zu der grausigen Tat hinreißen ließ. Wenn auch Gantner noch nicht von Spezialisten daraufhin untersucht wurde, so haben sich doch bisher bei ihm keine Anzeichen einer Geisteskrankheit feststellen lassen. Auch in seiner Verwandtschaft sind solche Krankheiten nicht bekannt.

Vom Winde verwent...

Markdorf/Bodensee (sw). Eine der orkanartigen Böen, die vor einigen Tagen die Bodenseeregion heimsuchten, hat in Ahausen bei Markdorf eine Heulandung mitaamt dem Bauern und einem Begleiter von einer Brücke geweht. Der Heulandung passierte gerade die Brücke von Ittendorf, als die Bö heranstaste. Als sie vorüber war, standen auf der Brücke nur noch der leere Wagen und die beiden Zugpferde. Die beiden Männer fanden sich, etwas verwirrt, aber unverletzt, mit ihrem Heu am Uferhang neben der Brücke im hohen Gras.

Aus den Nachbarländern

Nur drei Exemplare zurückgeschickt

1,8 Millionen wurden versandt
 Stuttgart (sw). Von der in einer Auflage von rund 1,8 Millionen Stück gedruckten und als Postwurfsendung an alle Haushaltungen des Landes Baden-Württemberg versandten Regierungserklärung, die Ministerpräsident Dr. Maier am 27. Mai dieses Jahres vor der Verfassunggebenden Landesversammlung abgegeben hat, sind nur drei Exemplare an das Staatsministerium zurückgeschickt worden. Zwei der Unzufriedenen haben dabei jedoch auf einen Kommentar verzichtet und sich lediglich damit begnügt, die Regierungserklärung mit dem Vermerk „Zurück an den Absender“ in den Briefkasten zu werfen. Der dritte dagegen, ein Bezirksinspektor aus Unterkirch im Schwarzwald, hat seinem Ärger gründlich Luft gemacht, indem er sich auf seinem Exemplar „diese Belästigung durch die Zusendung“ verbat und im übrigen die Regierungserklärung als einen „Schmarren“ bezeichnete.

DVP-Direktorium vertagte Sitzung

Die ursprünglich für den 18. Juni angesetzte Sitzung des Direktoriums der DVP/FDP Südwestdeutschlands in Stuttgart wurde auf einen unbestimmten Termin vertagt. In dieser Sitzung sollte sich das mit dem Zusammenschluß der südwestdeutschen Landesverbände der DVP/FDP beauftragte Direktorium mit den Satzungen des künftigen baden-württembergischen Landesverbandes der DVP/FDP befassen.

Wirtschaft in Kürze

In Bayern wird künftig die „Maß“ Völbier (ein Liter) mit mindestens 11 Prozent Stammwürze einheitlich 91 Pfennige kosten. Bisher lagen die Preise für dunkles Bier bei 78 Pfennigen, für helles Bier bei 80 Pfennigen.

Mehr Hausbrandkohle als 1951

Rechtzeitige Zuteilung ist gesichert

Stuttgart (sw). Das Hausbrandkontingent des Landes Baden-Württemberg ist in diesem Jahr höher als im zurückliegenden Kohlenwirtschaftsjahr. Während im Kohlenwirtschaftsjahr 1951/52 die früheren Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden 1.188 Millionen, 330 000 und 348 000 Tonnen Hausbrandkohle erhalten hatten, bekommen diese Landesteile im gegenwärtigen Kohlenwirtschaftsjahr 1.361 Millionen, 346 000 und 390 000 Tonnen Hausbrandkohlen. Damit sich die Bevölkerung der Bundesrepublik schon in den Sommermonaten mit Hausbrandkohle eindecken kann, hat Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard für das dritte Quartal des gegenwärtigen Kohlenwirtschaftsjahres die Bereitstellung von 6,4 Millionen Tonnen Kohle für Hausbrand und Kleinverbrauch angeordnet. Das sind 1,8 Millionen Tonnen mehr als im zweiten Quartal.

Die Länder sind vom Bundeswirtschaftsminister gebeten worden, für eine frühzeitige Bevorratung der Krankenhäuser, Schulen und Anstalten zu sorgen. Die Bundesregierung wünscht eine frühzeitige Bevorratung der Haushalte und Kleinverbraucher, damit Stockungen in der Versorgung, wie sie im vorigen Winter eingetreten waren, vermieden werden.

Ausstellung „Kriegsgefangene reden“

Eröffnung in Gegenwart von Erzbischof Dr. Raach und Leo Wohleb
 Freiburg (sw). In Anwesenheit des Freiburger Erzbischofs Dr. Raach und des ehemaligen Staatspräsidenten Wohleb ist in Freiburg die Wanderausstellung „Kriegsgefangene reden“ eröffnet worden. Die Ausstellung enthält eindrucksvolle Dokumente aus dem Leben von Kriegsgefangenen und Verschleppten in den letzten 150 Jahren. Sie

zeigt insbesondere Briefe, Skizzen und handverleierte Arbeiten der Kriegsgefangenen des letzten Krieges. Die Ausstellung stellt eine Mahnung an die Völker dar, die noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen endlich freizugeben.

Der Initiator und Leiter der Ausstellung, Freiherr von Lersner, erklärte bei der Eröffnung, die Forderung nach Freigabe der Kriegsgefangenen sei aus dem Bekenntnis zum Menschen geboren. Sie habe nichts mit Politik zu tun.

Aus Anlaß der Ausstellung hatte der Landesverband Baden der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands in Freiburg eine Gedenkstunde veranstaltet. Leo Wohleb erklärte dabei, es könnte als ein Zeichen der europäischen Verständigung gewertet werden, wenn jetzt die deutschen Kriegsgefangenen freigelassen würden. Der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Hoffmann sagte, die zurückgehaltenen Kriegsgefangenen dürften nicht mehr länger die Prügelknaben des zweiten Weltkrieges sein.

General Ridgway kommt nach Baden

Inspektion französischer und US-Truppen
 Baden-Baden (ZSH). General Ridgway wird, wie das atlantische Hauptquartier bekanntgibt, auf seiner Deutschlandreise auch verschiedene Orte Badens besuchen. Am zweiten Tag seines Deutschlandaufenthaltes am kommenden Dienstag wird er zunächst in die französische Zone Badens kommen und dort die französischen Verteidigungseinrichtungen besichtigen. Am nächsten Tag wird der NATO-Oberbefehlshaber von Baden-Baden aus nach Heidelberg weiterfliegen. Nach einer Inspektion der amerikanischen Truppen wird er sich anschließend mit dem Auto nach dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt begeben, um von dort nach Paris zurückzukehren.

Der Rheinau-Streit geht weiter

Neue Schritte des überparteilichen Komitees

Waldshut (sw). Das überparteiliche Komitee zum Schutze der Stromlandschaft Rheinfluss-Rheinau hat erneut zum Konflikt um das Kraftwerk Rheinau Stellung genommen. Das überparteiliche Komitee ersucht die obersten Landesbehörden, unter keinen Umständen einen endgültigen Beschluß zu fassen, bevor im Kanton Zürich die Volksbefragung über die strittige Angelegenheit stattgefunden hat und die Frage der Hochreinschiffahrt nach allen Seiten abgeklärt und durch eine eidgenössische Volksabstimmung entschieden ist. Das überparteiliche Komitee appelliert neuerlich an die Berner Regierung, den Volkswillen, wie er sich in der Schaffhauser Volksabstimmung unweidutig geäußert habe, unbedingt zu achten. Es fordert die ungeschmälerte Erhaltung der Naturschönheiten am Hochrhein sowie die Zurückziehung der Konzession.

Straßeneinsturz durch Sprengkammern

Verkehr am Hochrhein gefährdet
 Waldshut (sw). Die Anlage von weiteren Sprengkammern an der Ochsensteige im Stadtgebiet von Waldshut wurde jetzt eingestellt, da sich herausstellte, daß durch die Ausschachtungen die für den Hochrheinverkehr wichtige Bundesstraße gefährdet wurde. Von den ursprünglich geplanten acht Sprengschichten sollen die letzten vier nicht mehr in Angriff genommen werden, weil bereits jetzt schon die Straßendecke an einer Stelle einstürzte.



IMI macht's für 30 Pf.



Aus aller Welt

„Sie können gehen!“ sagte der Minister

München (UP). „Ich verzichte auf Ihre Anwesenheit. Sie können heimgehen“, sagte der bayerische Kultusminister Dr. Schwalber im Haushaltsausschuß des Landtags zu seinem Referenten, Regierungsrat Dr. Bullemer. Bullemer hatte bei der Beratung des Kultushaushalts mit dem CDU-Abgeordneten Otto Freiherr von Feury, der Berichterstatter zum Kultushaushalt ist, ein privates Zwiesgespräch geführt. Daraufhin stellte Feury einen Antrag. Mit ungewöhnlicher Schärfe verbat sich Schwalber jede weitere Einmischung seines Referenten. Es gehe nicht an, daß jeder Referent seine eigene Politik ohne Wissen des Ministers mache. Als der Regierungsrat sich verteidigen wollte, schritt Schwalber ihm das Wort ab. Daraufhin verließ der Referent den Saal.

Scharfe Kritik ist keine Beleidigung

Braunschweig (E. B.). Eine vom ersten Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher, angestregte Beleidigungsklage wurde vom Staatskasse abgewiesen. Angeklagt war der ehemalige Propst Heinrich Meyer (Aurich), der geäußert hatte, daß der erste sozialdemokratische Reichspräsident, Friedrich Ebert, könnte er aus dem Grabe aufstehen, dem SPD-Vorsitzenden schallende Ohrfeigen versetzen würde, weil Schumacher kein Gefühl für nationale Selbstverständlichkeit habe. Das Gericht entschied, daß die Äußerung Meyers, die in einer SRP-Versammlung in Braunschweig gemacht wurde, keine Beleidigung sei, sondern nur eine scharfe Kritik. Eine solche müsse sich Dr. Schumacher, der im übrigen seine Äußerungen auch nicht auf die Goldwaage lege, schon gefallen lassen.

Ridway zum Krokodilessen eingeladen

Paris (UP). General Ridway und seine Frau sind zu einem „Dschungelfest“ im Pariser Zoologischen Garten eingeladen worden, das von der ehrwürdigen Feinschmecker-Gesellschaft „Seigneurs de la fine Gueule“ (wörtlich: Herren vom feinen Schlund) ver-

anstaltet wird. Raymond Clodel, der Präsident dieses Epikurier-Clubs, gab folgendes Menü bekannt:

Flamingo- und Affenpasteten, kaltes Krokodil mit Sauce ravigote (eine scharfe Brühe mit Essig, Kräutern und Knoblauch), gedünstetes Känguruh à la française, Bärenzungen grand veneur, gespickter Giraffenhals, Kartoffeln, Trüffel, Eisbombe „Fliegende Untertassen“, Dschungeltorte, Mokka, rote, weiße und blaue Weine. Ob Ridway die Einladung annimmt, ist noch nicht bekannt.

In Abwesenheit zum Tode verurteilt

„Kriegsverbrecher“-Prozess in Metz Metz (UP). Ein Matrose und ein Leutnant der früheren deutschen Kriegsmarine sind von einem Militärgericht in Metz wegen Erschießung von drei Mitgliedern der Résistance in absentia zum Tode verurteilt worden. Der ehemalige Matrose Hermann Porsch und der ehemalige Leutnant zur See, Cornelius Göters, wurden schuldig befunden. Im September 1944 kurz nach der Kapitulation von Le Havre vier französische Widerstandskämpfer in eine Falle gelockt und drei davon ermordet zu haben. Wie von amtlicher Seite verlautet, sind die Angeklagten im vergangenen Jahr in Westdeutschland verhöört worden. Doch sei auf einen Auslieferungsantrag verzichtet worden, weil man es für unwahrscheinlich hielt, daß diesem Antrag stattgegeben werde.

Es wurde ein ernster Schiffbruch

Die freiwilligen Schiffbrüchigen in Senoot Palma (UP). Der Franzose Louis Alain Bombard und sein englischer Freund Jack Palmer, die „sonstigen als Schiffbrüchige“ in einem Schlauchboot von Marseille aus durch die Straße von Gibraltar fahren und den Atlantik überqueren wollten, haben bei den Balearen Schiffbruch erlitten.

Bombard und Palmer waren am 16. Juni aus dem Hafen von Ciudadela auf Menorca ausgelaufen und wollten Mallorca erreichen. Da nur sehr schwacher Wind herrschte und sie kaum vorwärts kamen, ließen sie sich vier Seemeilen vor der Küste von Majorca auf der Höhe von Alcudia von einem Fischerboot in Schlepp nehmen. Dabei kenterte das Schlauchboot. Ein Teil der Ausrüstung ging verloren, und die beiden — jetzt echten — Schiffbrüchigen mußten sich an Bord des Fischerboots ziehen lassen. Die beiden unternehmungslustigen Seefahrer wollen ihr Boot jetzt von einem Dampfer nach Gibraltar bringen lassen. Von dort aus wollen sie sich wieder treiben lassen, um über die Kanarischen und Kapverdischen Inseln nach Amerika zu gelangen.

Bombard und Palmer wollen durch ihre Reise beweisen, daß Schiffbrüchige auch ohne Wasser und Verpflegung am Leben bleiben können. Sie wollen nur von selbstgefangenen Fischen und Plankton leben und Seewasser sowie den ausgepreßten Saft von Fischen trinken.

Große Manöver im Atlantik

Portsmouth (UP). Ein Teil der 250 Kriegsschiffe und 400 Militärflugzeuge von neun Atlantikpaktstaaten, die seit Mittwoch an großen Manövern in der Nordsee und im Nordatlantik teilnehmen, lauerte im englischen Kanal auf den britischen Ozeanriesen „Queen Mary“, dessen Überseeferahrt Gelegenheit zu großangelegten „Angriffen“ bietet. Inzwischen läuft das „Unternehmen Castanets“ — so werden die Manöver bezeichnet — auf vollen Touren. Es ist die größte Übung von See- und Luftstreitkräften, die jemals in diesem Gebiet abgehalten wurde.

Zum ersten Vorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde Direktor Wacker (Essen) gewählt.

Aus der christlichen Welt

Die Kirche und die deutsche Einheit

Die Kirche habe die Aufgabe, um des Friedens willen nach der Einheit des deutschen Volkes zu streben, erklärte in Düsseldorf der Präsident des deutschen Bundestages, Dr. Hermann Ehlers. Wenn es nach dem Willen des deutschen Volkes ginge, gäbe es keine Spaltung Deutschlands. Dr. Ehlers warnte jedoch davor, die Bedeutung der deutschen Einheit für den Frieden der ganzen Welt zu überschätzen. Die evangelische Kirche sei die einzige Bindung der Christenheit über den eisernen Vorhang hinweg. Damit stelle die evangelische Kirche einen Faktor von eminenter Bedeutung für die deutsche Einheit dar. Das Reden der Kirche über die deutsche Einheit müsse aber ungläubig erscheinen, so meinte er, wenn die einzelnen Christen nicht bereit seien, die Liebe zu den Brüdern im Osten bei den kleinen Dingen des Alltags praktisch anzuwenden. Dr. Ehlers warnte abschließend vor dem „langsam gefährlich werdenden antikatholischen Komplex“ bei den evangelischen Christen. Oftmals mache sich die Meinung breit, daß das, was der Westen tue, katholisch sei und man es darum nicht mitmachen könne. Wenn die Parität zwischen den beiden Konfessionen manchmal nicht gewahrt bleibe, dann liege das daran, daß beim evangelischen Volkstiel die Bereitschaft zur Übernahme von politischer Verantwortung noch sehr unentwickelt sei.

Städt des kirchlichen Wiederaufbaues

Der Hilfswerksausschuß, das leitende Organ des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, beschloß auf seiner gesamtdeutschen Arbeitstagung in Dulsburg, alljährlich eine Stadt mit besonders schweren Kriegsschäden zur „Stadt des kirchlichen Wiederaufbaues“ zu erklären und alle evangelischen Gemeinden aufzurufen, durch Spenden dazu beizutragen, daß dieser Stadt die Wiederherstellung der für das kirchliche Leben unerlässlichen Bauten ermöglicht wird. Für das laufende Kirchenjahr wurde Dresden zur „Stadt des kirchlichen Wiederaufbaues“ bestimmt, während für 1953 Mannheim vorgeschlagen wurde.

Der Papst an die deutsche Jugend

Papst Pius XII. hat in einem Schreiben die deutsche katholische Jugend vor dem Klassenkampf gewarnt und sie aufgefordert, aktiv am Wiederaufbau des Staates teilzunehmen. Die Jugend dürfe sich nicht entmutigen lassen und das Werk des Apostolats bei denjenigen durchführen, die in ihren Irrtümern verharren. Der Papst warnte die katholische Jugend auch vor der Gleichgültigkeit dem Staat gegenüber. Trotz der letzten Katastrophe müsse sich die Jugend dem Leben in der Familie und dem Wiederaufbau widmen, wozu bei Millionen von Deutschen starke Kräfte vorhanden seien. Die Katholische Aktion müsse sich dem Staat zur Verfügung stellen, um eine Ordnung aufzubauen, die auf Gerechtigkeit und Frieden innerhalb Deutschlands gegründet sei.

Kardinal Frings 10 Jahre Erzbischof

Am 21. Juni sind es 10 Jahre, daß der Kölner Erzbischof, Kardinal Dr. Josef Frings, Besitz von seiner Erzdiozese ergriff. Dr. Josef Frings wurde am 5. Februar 1887 in Neuß geboren und am 10. August 1910 zum Priester geweiht. Nach Jahren eifriger Seelsorgetätigkeit wirkte er als Regent des Kölner Priesterseminars, bis er am 1. Mai 1942 als Nachfolger des verstorbenen Kardinals Schulte zum Erzbischof von Köln ernannt wurde. Gemeinsam mit den Bischöfen Graf von Galen von Münster und Graf Konrad von Freysing von Berlin wurde er im Geheimen Konzilium vom 18. Februar 1946 von Papst Pius XII. mit

dem Kardinals purpur ausgezeichnet. Seit 1945 führt er den Vorsitz der Fuldaer Bischofskonferenz des deutschen Episkopats. Nach dem Ableben Kardinal Michael von Faulhaber ist der Kölner Oberhirte nunmehr das einzige deutsche Mitglied des Heiligen Kollegiums.

Sonderbarer Heiliger starb an Entkräftung

In Cherryville starb der 57 Jahre alte Wanderevangelist Ivie an Entkräftung. Er hatte sich vor 51 Tagen zum Fasten entschlossen, weil er sich durch die „zunehmende Sündhaftigkeit der Welt“ und die nur geringen Erfolge seines persönlichen Missionseifers bedrückt fühlte. So beschloß er, nichts als Wasser zu sich zu nehmen, „bis Gott ein Zeichen gibt“. Während seiner Fastenzeit hatte er angeordnet, daß kein Arzt gerufen werden solle. Außerdem hatte er in einer Erklärung seinen Entschluß als freien Willensakt bezeichnet, um seine Frau und seine sechs Kinder vor etwaigen strafrechtlichen Verfolgungen im Falle seines Todes zu schützen. Der Wanderevangelist folgte dem Negerpastor Tylor Lee aus Portsmouth, der es vor zwei Jahren, ebenfalls in einem Falle religiöser Verirrung, auf 30 Fastentage gebracht hatte und dann trotz ärztlicher Bemühungen an Entkräftung gestorben war. Sein Ziel waren 40 Fastentage gewesen, die gleiche Zeitdauer, die Jesus nach seiner Taufe fastend in der Wüste verbracht hat.

Zwei große kirchliche Tagungen

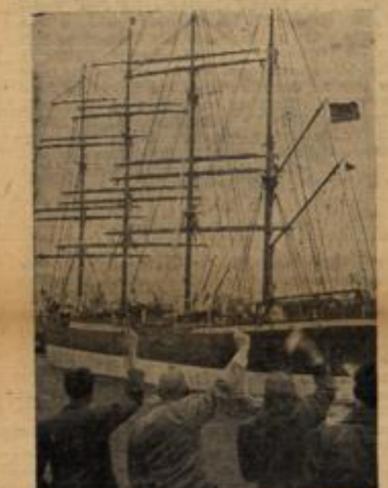
100 Sonderzüge nach Stuttgart — Die lutherische Welt blickt nach Hannover Stuttgart (ZSH). Zum 4. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 27. bis 31. August in Stuttgart stattfindet, werden neben Delegationen aus den europäischen Ländern auch Abordnungen aus Afrika, Brasilien und den USA erwartet. Die teile Landesbischof D. Haug auf einer Pressekonferenz mit.

Aus dem Bundesgebiet werden etwa 50 Sonderzüge und aus der Ostzone 20 Sonderzüge erwartet. Auf die Teilnahme der 20 000 Delegierten aus der Ostzone sei man „fest eingestellt“. Die letzten Nachrichten seien so positiv, daß man sich mit dem Kommando der Ost-Delegierten rechnen dürfe. Bisher sind für die Gäste 17 500 Freiquartiere zur Verfügung gestellt worden. Davon entfallen auf Stuttgart 7000 Betten. Dennoch werde um weitere Bereitstellung von Betten gebeten.

Vor dem Deutschen Kirchentag und zwar vom 24. Juli bis 3. August, findet in Hannover die Tagung des Lutherischen Weltbundes statt. Wie der Deutschlandvertreter der US-Sektion des Weltbundes, Pastor Dr. Dietrich, mitteilte, soll auf der Tagung eine luth. Weltdienstabteilung zur Koordinierung des materiellen Austausches und der Hilfeleistungen gegründet werden. Außerdem ist die Bildung einer theologischen Abteilung zur Abstimmung der Glaubensfragen innerhalb der Lutherischen Weltkirchengemeinschaft geplant.

Auf dem Programm der Arbeitstagung in Hannover stehen das Treffen der Delegierten der Vollversammlung, ein Weltjugendtag der jungen Lutheraner und vom 30. Juli bis 3. August die „Lutherische Woche“. Den Abschluß soll ein „Lutherischer Tag“ in Berlin bilden. Zu dieser ersten Tagung des Lutherischen Weltbundes im Kernland des Lutheriums werden 120 000 Delegierte erwartet. Sie werden von den 50 Kirchen in 24 Nationen entsandt und vertreten insgesamt 70 Millionen Lutheraner. An kirchlichen Würdenträgern werden 50 Erzbischöfe, Bischöfe und Kirchenpräsidenten teilnehmen.

Lest die Ettliger Zeitung



„Pamir“ von erster Auslandsfahrt zurück Das Segelschiff „Pamir“, das Ende Dezember 1951 mit 46 Kadetten an Bord von Hamburg aus zu seiner ersten Auslandsreise nach Südamerika ausgelaufen war, traf wieder in Bremen ein. Hier die „Pamir“ kurz nach ihrer Ankuft.

Roman von Deris Eicke:

Copyright by Verlagsges. Ettliger Gernl & Spörer

Das Herz muß schweigen

& Fortsetzung

Mechanisch beruhigt ihn der Mann mit halbblauen Worten. Er muß sich gewaltsam zwingen, dem gefährlichen Weg die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. Ueberall, wo er den Blick hinwendet, steht Marieli vor ihm, so wie sie vorhin unter dem Licht seiner Stube gestanden. Wie er an das schmale Oval ihres Gesichtes denkt, so jung noch und ungezeichnet von des Lebens Leidschaften, beherrscht er die Hände kann, die zu liebreich umfassen möchten. Eine Welle von Zärtlichkeit durchpulst sein Herz, wie eine beglückende Wiederkehr seiner Jugend. Seit langem hat sein Blut nicht so stürmisch gekostet wie jetzt. Aus verschütteter Erinnerung taucht jene Nacht wieder auf, in der Marieli seinem stürmischen Werben und dem eigenen Liebesverlangen endlich nachgegeben. Er sieht die zarte Gestalt im groben Hemd, hin- und hergerissen zwischen Scham und Seligkeit, die innige, gläubige Hingabe in dem liebreizenden Kindergesicht, und es gibt einen Riß in ihm. Wie Schuppen fällt es ihm von den Augen, so daß er auf einmal begriff, in was sich dieses Mädchen von den anderen unterschied. Ein Herz war ihm geschenkt worden, ein liebesritterliches, treues Menschenherz, ohne Berechnung und Vorbehalt, nur aus übergroßer Liebe. Vielleicht war es das einzigmal in seinem Leben, daß ihm dieses geschehen, was aber hatte es ihm genützt, da er es nicht einmal begriffen? Siebzehn Jahre lang hatte er Marieli nicht mehr gesehen, zuweilen aus Unglück geraten und ein Kind bekommen hatte, doch konnte ebenso gut ein anderer als er der Vater sein. Mit solchen Gedanken hatte er die mahnende Stimme in sich immer beschwichtigt. Wenn das Mädchen ihn nicht selbst zu Hilfe rief, wäre es nach seiner damaligen Einstellung lächerlich gewesen, hätte er seine Fräulein dem Marieli aufgedrängt; so kann man doch keiner sein. Des Mädchens Schweigen, selbst vor dem Vormundschaftsgericht, hatte er stets als ein Zeichen von bösem

Gewissen gehalten; jetzt erst, in dieser Stunde, begriff er, daß es nichts anderes gewesen war als der Stolz einer grausamen Enttäuschung. Nie hatte man davon gehört, daß Marieli später einen anderen Mann auch nur angeschaut. Schön wie sie war, hätte sie ein leichtes Leben haben können, wenn sie das gewollt, aber sie blieb ehrbar und arm und lebte in der Stille ihres gottvergebenen Winkels. Warum?

Der Locher tut einen tiefen Atemzug. Konnte es sein, daß dieses zur Treue geschaffene Herz ihn noch immer liebt, über so viel Jahre und so viel Unrecht hinweg? Hatte Marieli für ihn ihre Tugend und Schönheit bewahrt und wollte lieber verblühen in der Stille, da ihre Liebe sich nicht erfüllen konnte? Gab es das? Früher hätte er über eine solche Vorstellung gelacht, aber seine Ehegefährtin hatte es vermocht, daß er heute behutsamer und besser über Frauen dachte, als seine wilde Jugend ihn gelehrt. Sie war ein guter Mensch, seine Bäuerin; er hatte sie aufrichtig gern und hauste nicht schlecht mit ihr. Aber Liebe? Nein, Liebe war das nicht; niemals würde er mit einem so brennenden Verlangen an sie denken können, wie jetzt an Marieli. Seit vielen Jahren hatte er ein solches Gefühl nicht mehr erkannt. Er war seiner Frau ohne besondere Anstrengung treu gewesen und hatte seine Wünsche mehr auf das Erscheinen eines Hofers, als auf Frauenliebe gerichtet. Daß ihnen Kinder versagt blieben, empfanden sie beide als hart und litten schwer darunter. Was ist Müß und Plage um die Scholle, wenn kleine Füße nicht darübergehen? Wo bleibt da der Sinn allen Werkes?

Während Niklaus und Marieli sich dem Tobelhof näherten, räumte die Locherin ihre Stube auf. Sie ging hin und her mit einem hellen Gesicht; am liebsten hätte sie ein wenig gemurmelt, wenn nicht Bettzeit gewesen wäre. Sie gab sich über die Ursache ihrer Fröhlichkeit keine Rechenschaft; es war nicht ihre Gewohnheit, über ihre Gefühle nachzudenken, und so war sie sich auch des Sieges ihrer Menschlichkeit über Eifersucht

und Argwohn nicht bewußt. Nur das eine fühlte sie, daß sie mit sich selber zufrieden war.

Als sie das Licht in die Kammer hinauftrug, wiperten die Knechte und Mägde noch in ihren Stuben. Einen Augenblick verzichtete sich bei dieser Wahrnehmung ihre heitere Stirn, dann zuckte sie die Achseln und ging weiter. Man konnte den Leuten das Maul nicht verbinden. Daß der Bauer jetzt mit dem Tachingen-Marieli allein durch die Nacht fuhr, besungrigte ihre einfachen Gemüter. Sie aber fühlte sich sicher; das Seltsame an dieser Sicherheit war nur, daß sie sich nicht auf ihren Mann gründete, nein, ihr Vertrauen baute ganz auf Viotta Marieli, von der sie in all ihrer Demut einen starken Eindruck empfangen hatte. Sie hatte gesagt, daß sie für sie beten wolle. In ihrem schlichten Sinn spürte die Locherin, daß dieses Mädchen eher sterben würde, als ihr absichtlich Böses anzutun, nachdem sie gehalten, ihr Kind zu retten. Auch die Dankbarkeit hat ihre Treue, und gute Menschen spüren einander.

Wie ausgestorben liegt der Tobelhof. Kein menschlicher Laut ist hörbar, nur das unsichere Bellen eines Hundes, der jederzeit eines Fußtritts gewärtig ist.

Marieli steht neben Niklaus vor der ungeschlossenen Tür. Er klopft kräftig, immer wieder. Alles bleibt still.

„Sie sind schon schlafen gegangen, wir kommen zu spät“, sagt Marieli verzagt.

„Dann müssen sie halt wieder aufstehen“, meint der Locher müdeleidend. „Die haben den Wagen doch hören müssen.“ Sein kräftiger Trit gegen die Tür hält durchs ganze Haus.

„Heiland Sakrament, das ist denn doch der Gipfel!“ schimpft der Tobler unter seinem Federbett. „Was denkt sich das hergelassene Mensch eigentlich?“

Ein neuer, noch gewaltigerer Trit! „Die machen uns die Tür hin, wenn du nicht aufmachst, Mann“, klagt weinerlich die Frau. „Was kostet das, bis sie wieder hergerichtet ist! Wenn sie nicht Ruhe geben, schau lieber einmal zum Fenster hinaus.“

Der Tobler öffnet den Fensterriegel leise, damit keiner es hört, und beugt sich vorsichtig hinaus. Umsonst. Er kann nichts erkennen, sieht nur

ein Stück weit vom Hause weg eine Wagenlaterne trüb durch den Nebel scheitern. Dafür kann er jetzt deutlich hören, was unten vor sich geht.

„Wollen doch einmal sehen, wer hier Meister ist“, sagt eine wohlbekannte Stimme in erlichem Zorn. „Im Schürli wird ja ein Bell liegen. Die Tür bring ich auf, hab nur keine Angst, Metall!“

„Jesus!“ stammelt die Toblerin in ihrem Bett. „das ist kein anderer als der Locher!“ Sie hat kaum ausgesprochen, ist der Bauer schon in den Hosen. Die Frau tastet nach Licht.

„Ich komme schon!“ ruft er hinunter. „Wir sind halt schon im Bett...“

Unten wird es still. Die Toblerin fährt in den Unterrock und langt ein Tuch aus dem Kasten. Wisperrnd beschreiben sie sich.

„Was kann das heißen? Der Locher gibt das Wägel her und fährt sogar selber — ist so etwas menschenmöglich?“

„Jetzt stehen wir dumm da, Frau...“

„Das Eweli ist sein Kind!“

„Eben darum. Hat aber doch sonst nichts von ihm wissen wollen.“

Gemeinsam entriegeln sie die Haustür.

Der Locher steht mit finsterem Gesicht in der Türöffnung. Fast zum Fürchten sieht er aus. Er grüßt nicht.

„Nüt für ungot“, stammelt der Tobler verlegen. „wir haben halt schon geschlafen.“

„Einen Bärenschnaf müßt ihr haben, ihr zwei“, erwidert Niklaus höhnisch. „He, Toblerin, tut mir leid und geht voran. Wo ist die Kammer vom Eweli?“

„Ihr braucht euch nicht selber zu bemühen. Herr Locher, wir bringen's schon zustand, wir zwei“, bietet sich die Frau eilfertig an.

„Ihr laßt eure verfluchten Hände von ihm!“ gebietet der Locher finster. Er weiß nichts von Marielis Fluch, er sagt das nur so in seinem Zorn, aber die Toblerleute fahren zusammen, grad als ob's gedonnert hätte. Die Frau schaut sogar auf ihre Hände, als seien sie irgendwie gezeichnet.

„Komm mit, Marieli!“ Herrgott, wie verschiedene Stimmen klingen kann! Da sie sich an das Mädchen wendet, ist sie weich und voller Achtung. Die Toblerin leuchtet mit unsicheren Händen.

(Fortsetzung folgt)